

Aktueller Kommentar

UN-Klimakonferenz von Paris: Zwischen Optimismus und Realismus

26. November 2015

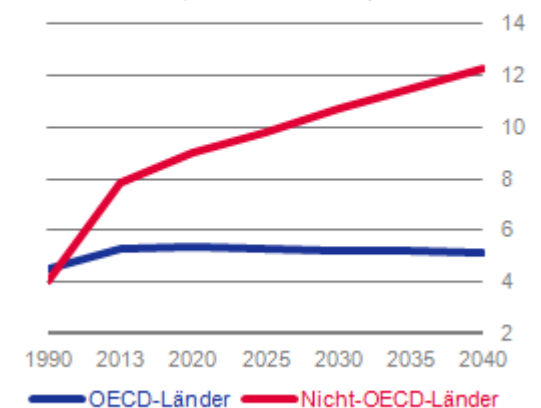
Vor der UN-Klimakonferenz in Paris haben rd. 150 Länder ihre nationalen Klimaschutzzusagen veröffentlicht. Zwar dürften diese nicht ausreichen, um das 2°C-Ziel zu erreichen. Trotzdem werden sie durchaus wohlwollend kommentiert. Offenkundig verspricht der Bottom-up-Ansatz, also die freiwilligen nationalen Klimaschutzzusagen, mehr Fortschritt als die in früheren UN-Klimakonferenzen angestrebte global abgestimmte Verhandlungslösung. Über die Unzulänglichkeiten der aktuellen Vorschläge hinsichtlich des 2°C-Ziels ist man sich zwar bewusst, aber die Hoffnung existiert, dass die einzelnen Staaten in den nächsten Jahren ihre Klimaschutzziele noch verschärfen. Die Stimmung schwankt also zwischen Optimismus und Realismus. Klar ist, dass die internationale Staatengemeinschaft angesichts der wachsenden Energienachfrage in puncto Klimaschutz erst am Beginn der wirklichen Herausforderungen steht.

Im Vorfeld der anstehenden UN-Klimakonferenz in Paris haben bislang etwa 150 Staaten (inklusive der EU) ihre nationalen Klimaschutzzusagen gemeldet (die so genannten Intended Nationally Determined Contributions (INDCs)). Damit unterscheidet sich Paris in einem wesentlichen Punkt von wichtigen früheren Klimakonferenzen. Diese bildeten nämlich häufig die „heiße Phase“ der Verhandlungen über möglichst anspruchsvolle, global gültige und konsensfähige Klimaschutzabkommen – lieferten jedoch überwiegend enttäuschende Ergebnisse. An einer (offensichtlich) überambitionierten Zielvorgabe scheiterte u.a. die Klimakonferenz von Kopenhagen im Jahr 2009.

Mit den nationalen Klimaschutzzusagen liegt nun also schon vorab auf dem Tisch, was die einzelnen Länder zumindest bis 2030 in Sachen Klimaschutz unternehmen wollen; es ist kaum zu erwarten, dass große Emittenten in Paris ihre Klimaschutzziele noch spürbar verschärfen werden. Nach den bislang gemachten Zusagen werden die globalen absoluten Treibhausgasemissionen bis 2030 zwar weiter steigen, die Pro-Kopf-Emissionen sollen jedoch sinken. Die Analyse der nationalen Zusagen fällt im Vorfeld der Pariser Klimakonferenz ambivalent aus. Recht eindeutig ist das Urteil, dass die geplanten Maßnahmen nicht ausreichen werden, um das vielzitierte 2°C-Ziel einzuhalten. Zwar ist es angesichts der naturwissenschaftlichen Unsicherheiten rund um den Prozess des Klimawandels ohnehin gewagt, von bestimmten geplanten Klimaschutzmaßnahmen auf (recht konkrete) künftige Temperaturveränderungen zu schließen. Nach Schätzungen z.B. der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) eröffnen die vorgelegten nationalen Klimaschutzzusagen jedoch zumindest die Möglichkeit, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur bis zum Ende des Jahrhunderts auf weniger als 3°C zu begrenzen.

Wachsender Energiehunger in Nicht-OECD-Ländern

Primärenergieverbrauch gemäß New Policies Scenario der IEA, Mrd. Tonnen Öläquivalent



Es ist interessant zu sehen, dass die meisten Marktbeobachter trotz dieser (erwarteten) langfristigen Zielverfehlung keinen Alarmismus verbreiten und die geplanten Klimaschutzzusagen durchaus als Fortschritt werten; dies gilt auch für viele ökologisch orientierte NGOs. Diese gewisse Zufriedenheit mit den nationalen Plänen ist überraschend, denn sie basiert auf zwei Unsicherheiten:

- Zum einen müssen die Staaten ihre nun vorgelegten Klimaschutzziele bis 2030 nun auch tatsächlich erfüllen. Die bisherigen Erfahrungen mit internationalen Klimaschutzabkommen (z.B. dem Kyoto-Protokoll) oder die aktuellen Schwierigkeiten Deutschlands, seine Klimaschutzziele bis 2020 zu erreichen, zeigen, dass dies kein Selbstläufer wird.



- Zum anderen müssen die globalen Treibhausgasemissionen möglichst bald nach 2030 schnell und massiv sinken, wenn man das 2°C-Ziel – bei aller gegebenen Unsicherheit – nicht aus den Augen verlieren will.

Angesichts dieser Unsicherheiten und Herausforderungen bedarf es (schon mehr als) einer ordentlichen Portion Optimismus, wenn man die aktuellen nationalen Klimaschutzzusagen wohlwollend kommentiert. Man kann natürlich auch argumentieren, dass mehr Realismus in die internationale Klimaschutzpolitik einkehrt. Denn offenkundig verspricht der Bottom-up-Ansatz, also die freiwilligen nationalen Klimaschutzzusagen, mehr Fortschritt als die in früheren UN-Klimakonferenzen angestrebte global abgestimmte Verhandlungslösung. Über die Unzulänglichkeiten der aktuellen Vorschläge hinsichtlich des 2°C-Ziels ist man sich zwar bewusst, aber die Hoffnung existiert, dass die Staaten in den nächsten Jahren ihre Klimaschutzziele noch verschärfen.

Energieverbrauch steigt – Erneuerbare müssen leistungsfähiger werden

Zu einer realistischen Einschätzung zählt auch, dass die internationale Staatengemeinschaft in puncto Klimaschutz erst am Beginn der wirklichen Herausforderungen steht. Die Internationale Energieagentur (IEA) prognostiziert in ihrem jüngsten World Energy Outlook einen Anstieg des globalen Primärenergieverbrauchs bis 2040 um 1% pro Jahr. Dieser ist ausschließlich auf den wachsenden Energiehunger der Nicht-OECD-Länder zurückzuführen, wo die Bevölkerungszahl weiter expandiert. Die absolute Nachfrage nach fossilen Energieträgern wird im Hauptszenario der IEA, das bereits massive Investitionen in erneuerbare Energieträger und umfangreiche Energieeffizienzmaßnahmen umfasst, bis 2040 zunehmen und nicht sinken. Viele Entwicklungs- und Schwellenländer werden demnach (auch) auf die Kohle setzen, wenngleich die Kohlenutzung in den OECD-Ländern in den nächsten Jahren wahrscheinlich sinken wird. Der Anteil der „neuen“ erneuerbaren Energien (also nicht Wasserkraft und nicht Bioenergien) am globalen Primärenergieverbrauch wächst laut IEA von derzeit 1% auf (nur) 5% im Jahr 2040; trotz des weit überdurchschnittlichen Wachstums dieser Energieformen bleibt ihr absoluter Beitrag also auch langfristig gering. Wenig überraschend steigen die CO₂-Emissionen in diesem IEA-Szenario bis 2040 weiter an.

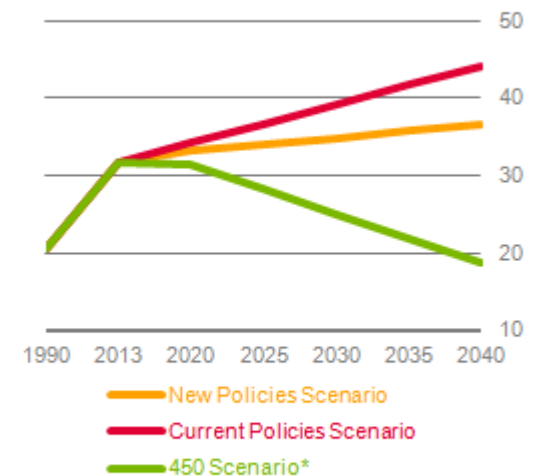
Letztlich stehen die aus heutiger Sicht wahrscheinlichsten Szenarien zum künftigen globalen Energieverbrauch nach wie vor im krassen Widerspruch zur mittel- bis langfristig notwendigen und von der Politik auch offiziell angestrebten massiven Reduktion der CO₂-Emissionen. Bei realistischer Betrachtung ist eine (schnelle) Auflösung dieses Widerspruchs noch nicht in Sicht. Die nicht-fossilen (erneuerbaren) Energieformen müssten bis 2030 und darüber hinaus viel leistungsfähiger, kostengünstiger und zuverlässiger (im Sinne der Grundlastfähigkeit) als heute werden, damit das zuvor skizzierte Energieszenario der IEA nicht eintritt und die CO₂-Emissionen tatsächlich nach 2030 (oder besser schon zuvor) stark sinken – eine gigantische technologische, wirtschaftliche und politische Herausforderung.

Unabhängig von den Ergebnissen in Paris bleiben einige Aufgaben oben auf der globalen energie- und klimapolitischen To-do-Liste:

- Der Abbau von Subventionen für fossile Energieträger muss schneller erfolgen als bislang. Angesichts der derzeit niedrigen Preise für fossile Energierohstoffe kann man sich fragen: Wann, wenn nicht jetzt?
- CO₂ braucht einen Preis, damit die negativen externen Effekte der CO₂-Emissionen besser internalisiert werden. Ob dies über ein Emissionshandelssystem oder eine CO₂-Steuer (Carbon Tax) erfolgt, ist zunächst zweitrangig.
- Es bedarf massiver (staatlicher geförderter) Forschungsanstrengungen und Investitionen in den Bereichen nicht-fossiler (erneuerbarer) Energieformen sowie Energieeffizienz. Die entsprechende Regulierung sollte möglichst technologieoffen ausgestaltet sein, nicht zu dauerhaften Subventionen führen sowie den Stromsektor, den Wärmemarkt und die Mobilität abdecken.

Klimazukunft ungewiss

Globale energiebedingte CO₂-Emissionen gemäß verschiedener Szenarien, Mrd. Tonnen



* Notwendiger Verlauf der globalen CO₂-Emissionen, um das 2°C-Ziel einhalten zu können

Quelle: IEA

- Dem Waldschutz gehört mehr Aufmerksamkeit geschenkt.
- Die am meisten vom Klimawandel betroffenen Staaten müssen bei der Anpassung an den Klimawandel mehr unterstützt werden.



Autor: Eric Heymann (+49) 69 910-31730

mehr zum Research-Bereich **Branchen und Ressourcen**
Aktuelle Kommentare - Archiv

© Copyright 2015. Deutsche Bank AG, Deutsche Bank Research, 60262 Frankfurt am Main, Deutschland. Alle Rechte vorbehalten. Bei Zitaten wird um Quellenangabe „Deutsche Bank Research“ gebeten.

Die vorstehenden Angaben stellen keine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung dar. Alle Meinungsäußerungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers wieder, die nicht notwendigerweise der Meinung der Deutsche Bank AG oder ihrer assoziierten Unternehmen entspricht. Alle Meinungen können ohne vorherige Ankündigung geändert werden. Die Meinungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen von der Deutsche Bank veröffentlichten Dokumenten, einschließlich Research-Veröffentlichungen, vertreten werden. Die vorstehenden Angaben werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Angemessenheit der vorstehenden Angaben oder Einschätzungen wird keine Gewähr übernommen.

In Deutschland wird dieser Bericht von Deutsche Bank AG Frankfurt genehmigt und/oder verbreitet, die über eine Erlaubnis zur Erbringung von Bankgeschäften und Finanzdienstleistungen verfügt und unter der Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) steht. Im Vereinigten Königreich wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Filiale London, Mitglied der London Stock Exchange, genehmigt und/oder verbreitet, die von der UK Prudential Regulation Authority (PRA) zugelassen wurde und der eingeschränkten Aufsicht der Financial Conduct Authority (FCA) (unter der Nummer 150018) sowie der PRA unterliegt. In Hongkong wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Hong Kong Branch, in Korea durch Deutsche Securities Korea Co. und in Singapur durch Deutsche Bank AG, Singapore Branch, verbreitet. In Japan wird dieser Bericht durch Deutsche Securities Limited, Tokyo Branch, genehmigt und/oder verbreitet. In Australien sollten Privatkunden eine Kopie der betreffenden Produktinformation (Product Disclosure Statement oder PDS) zu jeglichem in diesem Bericht erwähnten Finanzinstrument beziehen und dieses PDS berücksichtigen, bevor sie eine Anlageentscheidung treffen.